

# Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

April 2011

Nr. 4 · 7. Jahrgang

## Links informiert

**3** „Wiedergutmachung“ für's Volk, Bürgerumfrage und E10

## Waldstadt/Schlaatz

**6/7** Waldstadtrundgang, Schilfhof-Center, „Pro-Brauhausberg“, Nahversorgung

## Unser Land/Forum

**8/9** Landesparteitag und Klimaschutzkonzept

## Sozialer Stadtumbau im Mittelpunkt

BAG Städtebau- und Wohnungspolitik der Partei DIE LINKE tagte in der Landeshauptstadt

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Städtebau- und Wohnungspolitik ist ein Zusammenschluss von Mitgliedern und Sympathisanten der Partei DIE LINKE. In diesem Gremium treffen sich Genossinnen und Genossen sowie Expertinnen und Experten aus der Praxis, um sich mit Fragen des Städtebaus und der Wohnungspolitik zu beschäftigen. Die BAG ist in erster Linie ein innerparteilicher Zusammenschluss der Partei DIE LINKE, dennoch versteht sich das Gremium als offenes Forum für den fachlichen Austausch. Die Arbeit orientiert sich einerseits auf die Prozesse der sozialen Stadt- und Regionalentwicklung, wie zum Beispiel den Stadtumbau, andererseits auf die Wohnungs-

politik und die Daseinsvorsorge. Das Ziel der Arbeit besteht darin, einen Wissenstransfer zwischen der Politik auf verschiedenen Ebenen und den Praktikern zu organisieren. Die grundlegenden Debatten und deren Ergebnisse münden häufig in strategische Arbeitspapiere, womit ein aktiver Beitrag zur politischen Ausrichtung der Partei DIE LINKE geleistet wird.

Die BAG Städtebau und Wohnungspolitik hat sich im Herbst des Jahres 2007 zur ersten Sitzung in Hannover getroffen und konstituiert. Seit dem trifft sich die Arbeitsgemeinschaft an drei Terminen im Jahr. Je nach dem, welche thematischen Punkte erarbeitet werden sollen, wechseln die Ta-



gungsorte im gesamten Bundesgebiet. Die Treffen der Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft beschränken sich nicht auf Vorträge in Diskussionsrunden, sondern sie sind von Exkursionen und Terminen vor Ort geprägt.

Die BAG traf sich am 18. und 19. März 2011 in Potsdam zur Stadtentwicklung in wachsenden Städten, bewusst in Gegenüberstellung zur schrumpfenden Stadt Gelsenkirchen.

(Mehr Seite 5)

## „Rote Karte“ für Schwarz-Gelb

Der Kreisverband DIE LINKE.Potsdam unterstützte den Aufruf mehrerer Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbände zu einer landesweiten Demonstration am 17. März in Potsdam und rief die Bürgerinnen und Bürger auf, der schwarz-gelben Regierung die Rote Karte zu zeigen.

Trotz hoher japanischer Sicherheitsstandards konnte der Atomunfall nicht verhindert werden. „Das macht auf erschreckende Weise deutlich, dass es keine absolute Sicherheit gibt. Atomenergie ist als Zukunfts- und Brückentechnologie ungeeignet. Die Risiken müssen neu bewertet

werden“, so Ministerin Anita Tack, DIE LINKE.

Die Atomtechnik ist im Katastrophenfall nicht beherrschbar. Das Beispiel Fukushima zeige, dass alles Gerede der Bundesregierung über neuerliche Sicherheitsüberprüfungen der deutschen AKW wertlos ist, weil es sich immer nur auf die vorstellbaren Gefahren bezieht. Wenn es aber keine 100%ige Sicherheit gibt und dieses so genannte Restrisiko ei-



nen atomaren GAU beinhaltet, müssen wir kompromisslos raus aus dieser Technologie der Energieerzeugung, zumal die deutschen AKW sicherheitstechnisch ohnehin unzureichend ausgerüstet sind, fordert der LINKE-Kreisvorsitzende Sascha Krämer.

„Wir brauchen ein Energiekonzept der Zukunft, das mit unabhängigen Experten, Verbänden erarbeitet werden muss und nicht mehr die Handschrift der Energiekonzerne

tragen darf. Dazu gehören aus LINKER Sicht u.a. ein umfassendes Energieeffizienzprogramm, ein zusätzlicher Impuls für erneuerbare Energien, eine Dezentralisierung und Ökologisierung der Energieerzeugung. Die Stromnetze gehören in öffentliche Hand und müssen für erneuerbare Energieerzeugung ertüchtigt werden. Das alles wird Geld kosten, das nicht in erster Linie die Verbraucher zu zahlen haben, deshalb fordern wir die Wiedereinführung der Strompreiskontrolle, die Sozialtarife und die Realisierung der Mitverantwortung der Energiekonzerne.“

## Politiker der LINKEN unterwegs am Internationalen Frauentag 2011



Von Frau zu Frau – Ministerin Tack gratulierte den weiblichen Mitgliedern der Senioren-AG, die mit dem Bus zur Frauentags-Tour am Bassinplatz starteten.



Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg war ebenfalls wieder zum Frauentag mit vielen Rosen unterwegs. Unser Foto entstand im Haus der Begegnung in Waldstadt II.

## Auf ein Wort...



## Unsere „Turbi(e)nen“ sind wieder Meister

Von Katrin Kunert, sportpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.Bundestag

Turbine Potsdam war in der DDR sechsmal Republikmeister. Trainer Bernd Schröder will nach dem fünften Deutschen Meisterschaftstitel noch ein Jahr dranhängen. Sechs Mädels aus Potsdam stehen im Kader der Nationalmannschaft für die Frauenfußball-WM 2011.

Und ich übertreibe überhaupt nicht, wenn ich sage, der Frauenfußball in Deutschland wurde durch die Potsdamerinnen geprägt. Sie haben die dritte Deutsche Meisterschaft in Folge nach Hause geholt und sich zum 40. Vereinsjubiläum selbst das schönste Geschenk gemacht. Kulisse des Meisterschaftsspiel war das heimische Karl-Liebknecht-Stadion.

DIE LINKE gratuliert ganz herzlich zu diesem Erfolg. Am meisten aber freuen wir uns auf die Fußball-WM im eigenen Land. Die Begeisterung im Vorfeld der Weltmeisterschaft in den Vereinen und an Schulen ist riesig. Vielerorts werden Schul- oder Vereinsturniere stattfinden und die Kleinen werden in Sachen Kampfgeist,

(Fortsetzung auf SEITE 2)

(Fortsetzung von SEITE 1)

Spielfreude und Teamgeist den Großen in Nichts nachstehen. Sepp Herberger meinte seiner Zeit, Fußball sei eine Kampfsportart und für Frauen nicht geeignet. Was für eine Arroganz. Theo Zwanziger sagte erst kürzlich im Sportausschuss des Bundestages sinn-gemäß: Frauen tanzen den Ball, Männer spielen ihn. Also freuen wir uns auf das Tanzfestival im Sommer.

## Kairos in Kairo

Zu den Ereignissen in Afrika und im Nahen Osten (gekürzt)

Im alten griechischen Denken steht „kairos“ für den entscheidenden Moment einer schicksalhaften Situation. Dies trifft auf die Situation in Afrika und im Nahen Osten zu, in der die Völker selbst für ihre Rechte und die Demokratie eintreten. Natürlich sind die Proteste inspiriert durch die Ereignisse in Tunesien und strahlen auf weitere Länder aus. Die Gründe dafür aber schlummern schon länger im Land und liegen deutlich tiefer.

Uns ist die Begeisterung für die Demokratie, für unsere eigenen Werte, in starkem Maße abhanden gekommen. Nur so kann es geschehen, dass wir teils stauend die politische Bewegung betrachten, die nach Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung strebt. Genau das meint der slowenische Philosoph Slavoj Zizek,

wenn er konstatiert, dass die westlichen liberalen Demokratien in einer zynischen Ära leben. Deshalb gab die Politik der Europäischen Union, aber auch der USA der Realpolitik mit der diskursiven Begründung der „Stabilität“ stets den Vorrang, statt in einer Idealpolitik die eigenen Werte politisch nachhaltig zu vertreten und nicht Diktatoren zu hofieren, die Menschenrechte mit Füßen treten. In andere Staaten sollte die Demokratie, teils auch mit Waffengewalt, exportiert werden. Dass hier nach ökonomischen, interessen-geleiteten Standards agiert wurde, ist offensichtlich. Nachdem diese Versuche sich als Fehlschläge erwiesen, ist auch das grundlegende kognitive Schema, dass sich die Demokratie verbreiten wird, ins Stocken geraten.

Die Ereignisse in Afrika und Ara-

bien offenbaren jetzt zwei tiefere Einsichten: dass die Demokratie sich von innen heraus entwickeln muss und dass die Demokratie und die mit ihr verbundenen Werte offensichtlich doch attraktiver sind, als wir es selbst überhaupt noch wahrzunehmen bereit sind.

Amnesty International sprach angesichts der Ereignisse von einer „Renaissance der Menschenrechte“. Diese Wiedergeburt würde implizieren, dass die Menschenrechte vorher tot waren. Dem ist nicht so, da der Diskurs der Menschenrechte nach wie vor stark ist und von vielen oppositionellen Gruppen übernommen wurde. In der Philosophie der Menschenrechte gewinnen universalistische Positionen gegenüber relativistischen Positionen an Terrain. Zudem werden durch die geänderte Struktur der

Öffentlichkeit Menschenrechtsverletzungen viel deutlicher.

Die Menschen in Ägypten und vorher in Tunesien haben sich aus der politischen Lethargie befreit und sind zur politischen Aktion übergetreten, welche offensichtlich politische Verhältnisse dauerhaft verändern kann. Das ist der kairos in Afrika. In unserer heutigen komplexen Welt müssen wir uns natürlich fragen, ob sich daraus auch ein bestimmter kairos für uns ergibt. Hierzu gibt der Diskurs um eine veränderte Politik einen Anstoß. Die politischen Prozesse in Afrika aber sollten für uns vielmehr ein kairos für die Renaissance des Universalitätsanspruchs von Menschenrechten sein und uns unsere Werte wie Freiheit, Demokratie und Würde wieder deutlich vor Augen führen. *Moritz Kirchner*

## Verfassungstreue der Regierung steht in Frage ...

Die Hartz-IV-Koalition aus CDU, CSU, SPD, FDP und Grünen will uns wieder einmal eine „Reform“ verkaufen, die den Eindruck erwecken soll, es handele sich um eine Reform im Sinne von Verbesserung. Das eigentliche Problem wird dabei jedoch ausgeklammert: Die Hartz-Gesetze bleiben in großen Teilen verfassungswidrig! Daran würde selbst ein Regelsatz von 500 € nichts ändern. Insofern ist auch der Ansatz der LINKEN unzureichend.

Was Leistungsempfänger nicht akzeptieren können und dürfen ist, dass ihnen von der Verfassung geschützte Grundrechte heute schon genommen werden. Hierzu zählt das Recht, sich frei innerhalb der Bundesrepublik bewegen zu dürfen, ebenso wie die freie Entscheidung, ob man/frau für einen nicht-ehelichen Partner Sorge tragen möchte oder nicht. Auch die Unterstellung, er müsse durch irgendwelche Maßnahmen wie das Puzzleteile-Zählen oder Kauf-



mannsladen-spielen in diese Gesellschaft integriert werden, nur weil ihm dieselbe Gesellschaft keinen auskömmlich bezahlten Arbeitsplatz vermitteln kann, sollte nicht nur von den unmittelbar Betroffenen (auch durch Still-

schweigen) auf keinen Fall akzeptiert werden!

Sollte es schließlich neben einem finanziellen nicht auch ein geistiges Schonvermögen geben, welches verhindert, dass ältere qualifizierte Menschen ohne einen fi-

nanziellen Ausgleich für ihre bisherige Lebensarbeitsleistung bereits nach einem Jahr der Arbeitslosigkeit wie jugendliche Schulabgänger behandelt werden?

Eine Erhöhung des Regelsatzes allein kann also nicht die Wiedereingliederung der Betroffenen in das Rechtssystem eines Sozialstaates ersetzen. Vielmehr muss dem Abbau von persönlichen Grundrechten zugunsten von Wirtschaftsinteressen, was ja den Kerngehalt der Hartz-Gesetze darstellt, entschieden Einhalt geboten werden. Sonst ist es der Einstieg in eine Politik, die Demokratie und Menschenrechte allein daran misst, welche Auswirkungen sie auf Wirtschaftsinteressen haben.

Die Folgen einer solchen Haltung kann man in vielen Ländern heute schon sehen, wo aus dem „Fördern und Fordern“ oftmals schon ein „Fordern und Foltern“ geworden ist.

*Georg C. Goy, Brieselang*

## „Afrika-Festival“ im Sommer

Auf dem „Afrikatag“ am 25.06.2010 im Projekthaus Potsdam-Babelsberg informierte das Internationale Center für Deutsche und Immigranten (ICDI) e.V. über seine Projekte im In- und Ausland. Nach der Auszeichnung des Landesiegers Brandenburg beim bundesweiten Integrationswettbewerb 2010 der Stiftung Bürger für Bürger (Schirmherr Bundespräsident a.D. Roman Herzog) wurde ICDI eingeladen, auch in Berlin

über die erfolgreiche Arbeit der Migrantenselbstorganisation zu berichten. In den Industrieländern Europas ist wenig Allgemeinwissen über den Kontinent und die Länder Afrikas. Die Veranstaltungen des ICDI anlässlich des 100-Jahre-Frauentags trugen auch zur Bekanntheit des Bildungsprojekts Uzuakoli/Ostnigeria bei, für die stete Unterstützung dankt ICDI besonders DIE LINKE und Herrn Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg. ICDI

überbrachte auch den Dank His Royal Majesty EZE K.O. IKONTE, Ozo II. of Uzuakoli, an OB Jann Jakobs für die Unterstützung der Potsdamer für das Bildungsprojekt. Anfang März 2011 startete die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg in ihrer Potsdamer Geschäftsstelle eine Vortragsreihe mit ICDI über die fünftgrößte Erdölmacht Nigeria. Interessenten können von Zeitzeugen viel Wissenswertes erfahren und mit ih-

nen diskutieren. Für August 2011 plant ICDI (Black Community) ein Afrika-Festival mit den in Potsdam lebenden Afrikanern als Organisatoren. Besonders habe ich mich über die Einladung für Frau Charity Esther Okezie, Vorstand des ICDI e.V., am 5. April 2011 zum Thema „Gemeinsam geht's. Menschen helfen Menschen“ ins Bundeskanzleramt gefreut.

*Dr. Joachim Kliemann ICDI e.V.*

### IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“  
Die Linke Monatszeitung  
für die Landeshauptstadt.

**HERAUSGEBER:** Kreisvorstand DIE LINKE, Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender, Alleestraße 3, 14469 Potsdam.

**REDAKTION:** medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam  
**Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Jens**

**Hörnig**, Reisen, Service; **Gerlinde Krahnert**, freie Mitarbeit; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

**ANZEIGEN:** Sekretariat.

**BANKVERBINDUNG:** Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

**BILDAUTOREN:** Redaktion, Archiv  
**DRUCK:** Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

## „Wiedergutmachung“ für's Volk

Tag der offenen Landtags-Baustelle in Potsdam

Eine Wiedergutmachung sollte er sein, der „Tag der offenen Baustelle“ am 10. März, denn die Grundsteinlegung für den Landtagsneubau in Schlossformat hatte gut drei Wochen vorher nur für geladene Gäste stattgefunden. Die Bevölkerung war ausgesperrt gewesen. Und die zollte Matthias Klipp, dem Baubeauftragten der Stadt, Beifall, als er in seiner Begrüßung besonders das Engagement der Potsdamer würdigte, ohne deren Willen und Engagement – bis hin zur Bürgerbefragung – der Bau in dieser Form die vielen Hürden bis zur Genehmigung nicht genommen hätte. Der derzeitige Potsdamer „Baumeister“ Matthias Klipp bezeichnete den Landtagsneu- und Schlosswiederaufbau als Initialzündung für die Wiedergewinnung der historischen Mitte in Potsdam. Im Januar hat die Stadtverordnetenversammlung ein „Integriertes Leitbautenkonzept“ beschlossen, in dem Festlegungen getroffen wurden, welche Stadtbild prägenden Gebäude wieder aufgebaut bzw. saniert oder neu gebaut werden sollen. Das Leitbautenkonzept war mit gegen die

Stimmen der LINKEN verabschiedet worden. Sie wollte den vorgesehenen Abriss des großen Wohnblocks Am Alten Markt 10 mit 180 kleinen, bezahlbaren Wohnungen in diesem Areal daran koppeln, dass zunächst Ersatz für diese Wohnungen in der Innenstadt geschaffen werde. Denn in dem vorgesehenen Sanierungs- und Neubaustil sei nicht zu erwarten, dass sich die jetzigen Mieter eine Wohnung in diesem Quartier leisten könnten. Das Veto der LINKEN war zunächst gescheitert. Jetzt gibt es einen neuen Antrag mit eben diesem Sinn, der zur Zeit im Bauausschuss diskutiert wird.

Die Baustelle des Landtages konnte man sich nun am 10. März erstmalig von innen ansehen. Ein gesicherter Weg mit mehreren Informationspunkten war vorbereitet, an denen kompetente Auskünfte über die Architektur, die Fassadengestaltung, über die Logistik und die Bewältigung des Grundwassers gegeben wurden. So konnten die Besucher sowohl in die 6 m tiefe Baugrube sehen, die bereits den Grundriss des ehemaligen Schlosses erkennen lässt. An anderer



Informationstafeln und kompetente Ansprechpartner hatten die Besucher auf der Baustelle.

Text/Foto: rdyk

Stelle zeigten Fachleute, wie noch vorhandene Einzelteile der Fassade eingebaut werden bzw. zunächst in einem sächsischen Steinbruch als Vorbild für die Herstellung der neuen Elemente für die Sandsteinfassade dienen. Zu erfahren war auch, dass maximal 95 Bauarbeiter hier arbeiten werden, fünf Turmdrehkräne aufgestellt werden, 35.000 Kubikmeter Erde ausgehoben und weggefahren wurden, der zu ver-

arbeitende Beton für etwa 10 km Autobahn reichen würde oder das Volumen des Schlosses etwa 370 Eigenheimen entspricht.

Die Potsdamer werden die Bauarbeiten weiter aufmerksam verfolgen. Landtags-Vizepräsidentin Gerrit Große (DIE LINKE) hatte es zur Eröffnung versprochen, der Samen sei gelegt, jetzt könnten alle das Wachsen verfolgen, „und zum Richtfest wird auch das Volk dabei sein“.

## Kommunalpolitik und DIE LINKE in Potsdam – eine Bürgerumfrage

Seit über 20 Jahren setzt sich DIE LINKE in Potsdam für vielfältige Bürgerinteressen ein. Unser Selbstverständnis ist es, kontinuierlich den engen Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern zu halten, ihre Probleme aufzugreifen und diese zum Gegenstand der Stadtpolitik zu machen. Das soll auch in den kommenden Jahren unser Anspruch bleiben.

DIE LINKE startet ab April eine Bürgerbefragung unter den Potsdamern. Die Befragung, die im April stattfindet, solle dazu beitragen, das inhaltliche Programm der LINKEN für Potsdam zu schärfen, anhand der Probleme, Wünsche und Sorgen den Draht zum Bürger zu halten und die Stadtfraktion im Parlament mit Aufträgen für die tagesspolitische Arbeit „zu füttern“.

Mit dieser Umfrage wollen wir wissen, wie zufrieden Sie mit der gegenwärtigen Entwicklung der Stadt sind. Wo drückt der Schuh in der Stadt, in Ihrem Stadtteil oder Ihrem Ortsteil? Fühlen Sie sich als Potsdamer Bürgerin und Bürger ernst genommen und haben Sie den Eindruck, dass sich die politischen Entscheidungsträger für Ihre Probleme interessieren? Um Ihre In-

teressen und Meinungen vertreten zu können, möchten wir Sie einladen, die Bürgerumfrage zu beantworten. Zu drei Fragekomplexen – wichtige Themen Potsdams, Wahlbeteiligung in Potsdam und Ihre Wahrnehmung der LINKEN in Potsdam – sind wir an Ihren Antworten interessiert.

6000 Fragebögen werden in der Stadt verteilt. Das Porto übernehmen wir. Wer keine Umfrage erhält, kann sie sich von unserer Homepage [www.dielinke-potsdam.de](http://www.dielinke-potsdam.de) herunterladen. Natürlich können Sie uns auch kontaktieren und wir schicken Ihnen einen Fragebogen. Sie erreichen uns per E-Mail: [sascha.kraemer@dielinke-potsdam.de](mailto:sascha.kraemer@dielinke-potsdam.de) oder per Telefon: 0179 9126997

Mischen Sie sich ein, indem Sie an unserer Bürgerumfrage teilnehmen. Wir wünschen uns eine breite Beteiligung, um Potsdam im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu gestalten und so unserem Ziel „Ein Potsdam für Alle“ näher zu kommen. Wir würden uns freuen, wenn Sie unser Angebot annehmen. Vielen Dank!

Sascha Krämer  
Kreisvorsitzender  
DIE LINKE.Potsdam

DIE LINKE.Potsdam ist an Ihrer Meinung interessiert. Jeden Monat stellen wir Ihnen eine Frage auf unserer Internetseite: [www.dielinke-potsdam.de](http://www.dielinke-potsdam.de)

Im April fragen wir:

**Befürworten Sie eine Straßenbahntrasse von Potsdam in den Wissenschaftspark Golm?**

Mischen Sie sich ein!

## Das Thema E10 ist noch nicht aufgearbeitet

Rechtssicherheit und eine aktive Information der Autobesitzer gefordert

Der Vorstand des Verbraucherverbandes (vzbv) Gerd Billen und Brandenburgs Verbraucherschutzministerin Anita Tack fordern mit Nachdruck eine erweiterte verbindliche Garantieerklärung der Automobilhersteller und eine unmittelbare Information der Autobesitzer über das Kraftfahr-Bundesamt. „Das Thema ist noch nicht durch“, sagten beide im Anschluss an ein Treffen in Potsdam.

Tack kündigte an, das Thema auf die Tagesordnung der Verbraucherschutzministerkonferenz im September zu setzen. Verbraucher sind nach wie vor verunsichert. Sollten Risiken mit der Benutzung verbunden sein, ist es vertragliche Pflicht der Au-

tohersteller, ihre Kunden auf die Gefahren hinzuweisen, die mit einer Betankung durch E10 verbunden sind. Tack und Billen legten einen Mustertext für eine erweiterte Garantieerklärung zur E10-Verträglichkeit vor: „Der Hersteller des KFZ (genaue Modellbezeichnung) garantiert die Verträglichkeit des Motors mit Benzin, das mit zehn Prozent Bioethanol versetzt ist. Der Einsatz von E10-Kraftstoff ist für dieses Fahrzeug unbedenklich.“

Damit die Garantieerklärung rechtsverbindlich wird, müssen nach Ansicht von Billen und Tack die Garantieerklärungen den Verbrauchern – etwa über das Kraftfahr-Bundesamt (KBA) – individuell zugehen.

## Bürgerrechte in guter Verfassung?

Bei der Verabschiedung der Brandenburger Landesverfassung im Jahr 1992 wurde mehr Bürgerbeteiligung und Demokratie versprochen. Nach nunmehr fast 20 Jahren praktischer Erfahrungen ist Ernüchterung eingetreten. Zwar wurde in Brandenburg bereits 35 Mal die Volksinitiative ergriffen und es hat acht Volksbegehren gegeben, allerdings war keines der Volksbegehren bisher erfolgreich.

Einen von Bürgern initiierten Volksentscheid hat es in Brandenburg noch nie gegeben. Damit liegt Brandenburg im Ländervergleich weit hinten. Das kann und soll sich ändern.

Die direkte Demokratie kann ihre Wirkung nur entfalten, wenn sie bürgerfreundlich geregelt ist. Bietet die Verfassung Bürgerrechte an, die kaum genutzt werden können, bleiben Enttäuschung und Frust zurück.

2012 feiern wir 20 Jahre Brandenburger Verfassung. Über die Reden, die dann gehalten werden, hinaus, muss deutlich gemacht werden, wie sehr das Land auf das Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist – mit einer Reform der direkten Demokratie durch eine Änderung der Landesverfassung.

Zurzeit wird im Landtag über eine Reform der Volksgesetzgebung diskutiert. Wichtige Weichen werden also jetzt gestellt.

## Die „Kunst des Herrschens“

**April 1701**

Kronprinz Friedrich Wilhelm, später Friedrich Wilhelm I., sitzt am 14. April 1701 erstmals auf einem Pferd; aus diesem Anlass wird eine Medaille geprägt; der Ober-

zeremonienmeister Friedrich I., Johann v. Besser, dichtet dazu folgende Verse:  
„Ich wünsche, daß wie DU des Staates Ebenbild,

Jetzt ein gezäumtes Pferd lernst nach den Regeln führen.  
Also der Untertan, was Deine Reitkunst gilt,

Dereinst an Deiner Kunst des Herrschens würde spüren.“

## Ernst („Teddy“) Thälmann geboren

**April 1886**

Ernst Thälmann wurde am 16. April 1886 in Hamburg geboren. Sein Vater Jan Thälmann war als Fuhrmann tätig und aus Holstein nach Hamburg gekommen, seine Mutter, Maria Magdalena Kohlpeiß, stammte aus den Vierlanden. Bald nach seiner Geburt übernahmen die Eltern eine Kellereiwirtschaft in Hafennähe, später einen Grünwarenladen im Stadtteil Eilbek. Nach der Schulentlassung half Ernst Thälmann weiter im elterlichen Geschäft und arbeitete dann als Hafendarbeiter und als Kutscher. 1904 trat er in die Transportarbeitergewerkschaft ein. Schon ein Jahr zuvor war er Mitglied der SPD geworden und übernahm verschiedene Funktionen im Stadtteil und auf Wahlkreisebene. Am 14. Januar 1915 heiratete er die Wäscherin und langjährige Ar-

beitskollegin Rosa Koch. Einen Tag danach wurde er als Soldat eingezogen und kam an die Westfront. Nach der Novemberrevolution schloss er sich der USPD an und wurde 1919 als Abgeordneter in die Hamburgische Bürgerschaft gewählt, der er bis 1933 angehörte. Am 6. November 1919 wurde Rosa und Ernst Thälmann die Tochter Irma geboren.

1923 wurde Thälmann Mitglied des Zentralkomitees der KPD. Am Hamburger Aufstand im Oktober



1923 war er führend beteiligt. Vom Mai 1924 bis zum Ende der

Weimarer Republik war er Mitglied des Deutschen Reichstages. Im September 1925 wurde er Vorsitzender der KPD. Auf der illegalen Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin sprach Thälmann über Schlussfolgerungen aus der Situation für eine Einheitsfront aller Hitlergegner gegen den Faschismus. Es war seine letzte Rede. Am 3. März 1933 fiel er den Faschisten in die Hände. Thälmann saß 11 Jahre in Gefängnissen und Zuchthäusern von Berlin-Moabit, Hannover und Bautzen in Einzelhaft, bis Hitler und Himmler am 14. August 1944 seine Ermordung festlegten. Vier Tage später wurde er im KZ Buchenwald erschossen.

## „Dicke Nudeln mit Fleisch...“

**April 1946**

Erstmals seit Beendigung des Krieges werden am 19. April 1946 erholungsbedürftige Potsdamer Kinder zur Erholung geschickt; sie kommen für sechs Wochen auf das Schloss Naundorf, Kreis Großhain; Renate Hedtke von der 3. Gemeindeschule Potsdam schreibt:

„Liebe Klasse, liebe Lehrer!

[...] Neun Stunden sind wir mit der Bahn gefahren und drei Stunden mit einem Trecker zum Heim. Den Abend, wo wir angekommen sind, gab es gleich dicke Nudeln mit Fleisch und Marmeladenschnitten. Heute gab es einen Teller Griesbrei und zwei Teller Mohrrüben. Uns geht es hier sehr, sehr gut; wir fühlen

uns hier so, als wären wir zu Hause. Ein schönes Zimmer mit einem Nachttisch haben wir auch bekommen. Ines und ich haben schon zwei Pfund zugenommen. Ich wünsche euch, dass ihr alle gesund und munter bleibt, bis wir wiederkommen...“ („Märkische Volksstimme“, 18. 05. 1946).



## Am 1. Mai zu Graeper...

**April 1951**

Am 29. 04. 1951 veröffentlicht die „Märkischen Volksstimme“ folgendes Text-Insertat: „Auch am 1. Mai, dem Feiertag der Werktätigen, speisen Sie gut und

preiswert bei reichhaltiger Auswahl gepflegter Speisen in der urgemütlichen Gaststätte Hermann Graeper Potsdam, Jägerstraße 36, 1 Treppe“.

## Israel ehrt Maimi von Mirbach

**April 1981**

Die Musikpädagogin Maimi v. Mirbach wurde am 2. April 1981 durch den Staat Israel (Gedenkstätte Yad Vashem) für ihre Verdienste um die Rettung von Juden während der Zeit des Nationalsozialismus als „Gerechte unter den Völkern“ ausgezeichnet. Die Baroness wurde in ei-

nem liberalen Elternhaus multikulturell erzogen. Schon in den zwanziger Jahren erkannte sie die nationalistische und antisemitische Entwicklung, die 1933 zur Machtergreifung Adolf Hitlers führte. Als Cellistin pflegte sie zahlreiche Kontakte zu jüdischen Musikern, denen sie

während der Nazi-Diktatur half, obwohl sie sich damit immer wieder selbst in Gefahr brachte. Sie schmuggelte Wertsachen und Schmuck emigrierter Juden ins Ausland, schickte Lebensmittelpakete in das KZ Theresienstadt und versteckte in ihrem Haus Alleestraße 10 die Halbjü-

din Gisela Distler-Brendel, die somit überleben konnte, anders als Maimis Verlobter und viele ihrer jüdischen Freunde. Auch der „Volljüdin“ Charlotte Kaiser gab Maimi von Mirbach in ihrem Haus vor dem Zugriff der Gestapo für mehrere Tage Unterschlupf.



## Erhalt der Sporthalle in der Heinrich-Mann-Allee

Die Sporthalle in der Heinrich-Mann-Allee ist eine traditionsreiche Sportstätte, die für die Stadt insgesamt von großer Bedeutung ist. Hier fanden und finden wichtige Wettkämpfe statt, von Volleyball und Handball über Judo bis zur künstlerischen Sportgymnastik. In der Halle wird intensiv trainiert. Jeder, der den ständigen Kampf um die begrenzten Hallenzeiten kennt, weiß, dass die Sporthalle unverzichtbar ist. Das gilt auch angesichts der erfreulichen Tatsache, dass es ab Ende dieses Jahres im Luftschiffhafen eine moderne und attraktive Sportmehrzweckhalle geben wird. Die alte Halle ist günstig gelegen und gehört zu den wenigen gesamtstädtischen Einrichtungen, die im Potsdamer Süden angesiedelt sind.

Die Diskussion um einen möglichen Abriss der Halle entstand vor dem Hintergrund, dass die Anlagen des Tennisvereins Rot-Weiß verlagert und auf diesen Flächen Wohnungen gebaut werden sollten. Diese Umsiedlungspläne scheinen jetzt vom Tisch zu sein, da die angestrebte Lösung an einem Standort in der Waldstadt nicht zustande gekommen ist. Zugleich sind unumgängliche Investitionen für den Brandschutz in der Sporthalle erforderlich, die mit Blick auf einen möglichen Abriss wenig Sinn machen würden.

Vor diesem Hintergrund setzt sich DIE LINKE mit einem Antrag in der Stadtverordnetenversammlung für den langfristigen Erhalt der Sporthalle in der Heinrich-Mann-Allee und die perspektivische Aufnahme in den Sanierungsplan ein. Der Antrag ist in die Ausschüsse für Sport, Stadtentwicklung und in den KIS-Werksausschuss überwiesen worden.

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg*

## Hat die Schwimmhalle eine Chance?

Die wechselvollen Erfahrungen um ein neues Bad für die Landeshauptstadt sind vielen Potsdamern sicher noch gut in Erinnerung. Etwa zehn Jahre wurde über ein Freizeitbad auf der Brache in Drewitz gestritten, bevor der Oberbürgermeister in der Sommerpause 2004 diese Planungen mit dem Ausstieg der Stadt beendete. Danach wurde festgestellt, dass der Brauhausberg der ideale Platz für ein neues Bad ist. Allerdings stellte sich dann heraus, dass die zweifellos interessanten Pläne von Oscar Niemeyer besonders aus finanziellen

Gründen nicht realisierbar waren. Die dann folgende Phase der Ernüchterung und der Bescheidenheit hielt nicht lange an. Erst sollte die bestehende Schwimmhalle für etwa 7 Millionen Euro saniert werden. Auf einmal war der Brauhausberg nicht mehr geeignet und das Bornstedter Feld der bessere Standort nicht nur für eine Schwimmhalle, sondern für ein Sport- und Freizeitbad. Die entsprechenden Diskussionen wurden ohne die von uns geforderte Einbeziehung der Bevölkerung geführt, Entscheidungen gegen DIE LINKE und unter geschickter Umschiffung der Wahltermine von der Rathauskooperation getroffen.

Jetzt stellt sich heraus, dass das Freizeitbad wesentlich mehr als 18 Millionen Euro kostet und nicht 2012, sondern frühestens 2014 fertiggestellt sein wird. Die ursprünglich geplanten Synergieeffekte mit der Biosphäre spielen aufgrund der Veräußerungspläne keine Rolle mehr. Zudem hat sich am Brauhausberg eine Bürgerinitiative gebildet, die ideenreich und tatkräftig für den Erhalt der Schwimmhalle am jetzigen Standort wirbt und sich gegen die geplante dichte Bebauung wendet. Damit rächt sich jetzt auch, dass die Bürgerinnen und Bürger bisher nicht an dieser wichtigen Infrastrukturentscheidung beteiligt worden sind.

Noch sind keine Entscheidungen getroffen, die nicht mehr rückgängig zu machen wären. Deshalb sollten die Badpläne noch einmal auf den Prüfstand gestellt werden.

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg  
Fraktionsvorsitzender*

## Auf Schalke ist nicht nur Fußball...

**Sozialer Stadtumbau in Gelsenkirchen und Potsdam im Mittelpunkt der Tagung in der Landeshauptstadt** (Fortsetzung von SEITE 1)

Die LINKE setzt immer wieder inhaltliche Akzente. So luden am 18. und 19. März ihr Ortsverband Potsdam-Süd und die Bundesarbeitsgemeinschaft Städtebau- und Wohnungspolitik zu einer öffentlichen Stadtumbautagung in das Bürgerhaus Am Schlaatz ein. Das besondere an dieser Tagung mit Stadterkundung per Straßenbahn war die Gegenüberstellung der wachsenden Stadt Potsdam mit der schrumpfenden nordrhein-westfälischen Stadt Gelsenkirchen. Es ging dabei nicht um Fußball auf Schalke, sondern um Erfahrungen und Lösungsansätze im sozialen Stadtumbau in Ost und West.

Gemeinsam mit Vertretern aus Politik und Verwaltung aus beiden Städten, mit Bürgern und Experten des Wohnungswesens wurden Probleme und Lösungsansätze diskutiert. Während in Gelsenkirchen Wohnraum auch aus fehlendem Bedarf zurückgebaut wird, stehen in Potsdam baugestalterische Stadtrepaturen im Fokus der Stadtplaner. Am Beispiel des drohenden Verlustes von sozialverträglichem Wohnraum am Staudenhof im Stadtzentrum von Potsdam diskutierten die Teilnehmer die sozialen Folgen, genossenschaftliche Modelle und städtebauliche Fragen. Auch die unmittelbar vor dem Tagungsort am Schlaatz sich darstellende Einzelhandelsbrache war Gegenstand des Erfahrungsaustausches. In Gelsenkirchen haben Stadtverwaltung und ein gemeinnütziger Träger die Nahversorgung selbst in die Hand genommen, trotz aller Schwierigkeiten bis jetzt mit Erfolg.

Am Beispiel der Erfahrungen aus dem Ruhrgebiet sowie aus dem Potsdamer Wohngebiet Drewitz wurde die bisherige Beteiligung der Bürger kritisch und scharf hinterfragt. Einig waren sich die zahlreich erschienenen Bürger und Gäste aus Politik und Verwaltung - aus Potsdam waren u. a. der Fachbereichsleiter Stadterneuerung Oliver Graumann und aus Gelsenkirchen der Stadtteilmanager Uwe Gerwin zugegen - in dem Erfordernis einer bis in die Verwaltungen hineinreichenden integrativen Stadtplanung sowie der wirklich frühzeitigen Einbindung der Bürgerinteressen, so unscharf sie am Anfang auch formuliert sein mögen. Die Bundestagsabgeordnete und Sprecherin der BAG, Heidrun Bluhm, und der Ortsverbandsvorsitzende Steffen Pfrogner wünschten sich zum Tagungsabschluss den Transport der zahlreichen geäußerten Anregungen hinein in die Verwaltungen und in die Politik in der Stadt und im Bund. An ihnen und der LINKEN sollte es jedenfalls nicht scheitern.



## Bürgerhaushalt 2012 startet am 7. April

Am 7. April 2011 findet die zentrale Auftaktversammlung des Potsdamer Bürgerhaushalts für das Jahr 2012 statt. Alle interessierten Einwohnerinnen und Einwohner können sich ab 18 Uhr im Plenarsaal des Potsdamer Stadthauses über die aktuelle städtische Finanzlage informieren.

In der Zeit vom 7. April bis 29. Mai 2011 können wieder alle Potsdamerinnen und Potsdamer eigene Ideen einbringen. Teilnehmen können alle Interessierten telefonisch unter 0331 289-1120, auf dem Postweg und im Internet. Außerdem öffnet ab dem 11. April 2011 das „Büro Bürgerhaushalt“ in den Bahnhofspassagen Potsdam. Hier können Anregungen persönlich eingebracht werden. Gesucht werden Ideen für den künftigen Einsatz finanzieller Mittel. Auch Vorschläge dafür, an welchen Stellen Geld eingespart werden kann, sind gefragt.

Vorschläge, Anregungen und Ideen können online unter [www.potsdam.de/buergerhaushalt](http://www.potsdam.de/buergerhaushalt), auf dem Postweg an Landeshauptstadt Potsdam, Projektteam Bürgerhaushalt, Friedrich-Ebert-Straße 79-81, 14469 Potsdam oder per Fax an 0331 289-841120 eingereicht werden.

## Pläne für Freizeitbad prüfen

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die bisherigen Planungen für ein Freizeitbad im Bornstedter Feld sind zu stoppen und grundsätzlich zu prüfen. Alternativ soll untersucht werden, ob die Schwimmhalle am Brauhausberg erhalten wird und in Abhängigkeit von den finanziellen Möglichkeiten der Stadt perspektivisch an einem anderen Standort ein Freizeitbad gebaut wird. Die Stadtverordnetenversammlung ist im Juni 2011 über das Ergebnis der Prüfung zu informieren.“

So lautet ein Antrag der Fraktion DIE LINKE an die SVV (Antrag 11/SVV/0237).

Die Begründung: Entgegen den bisherigen Planungen zeichnet sich ab, dass die Investitionskosten für ein Freizeitbad im Bornstedter Feld deutlich höher als 18 Millionen Euro liegen werden. Zugleich verschiebt sich der voraussichtliche Termin der Fertigstellung auf 2014. Die ursprünglich angestrebten Synergieeffekte mit der Biosphäre spielen keine Rolle mehr. Zwischenzeitlich hat sich auch eine Bürgerinitiative gebildet, die sich für den Erhalt der Schwimmhalle einsetzt und sich gegen die geplante dichte Bebauung des Brauhausberges wendet. Das alles sollte Veranlassung sein, die bisherigen Pläne kritisch zu prüfen.

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg  
Fraktionsvorsitzender*

## Eine „Insel“ für die Sicherheit der Kinder

„Wir bauen nicht weiter ohne Förderung“, das erklärte beim alljährlichen Frühjahrsrundgang der Bürgerinitiative Waldstadt am 21.03.11 die WG „Karl Marx“. Der Bau von 130 Wohnungen hinter dem Neubau an der Saarmunder Straße in Richtung Zum Jagenstein ist damit erst einmal auf Eis gelegt.

Das Land hat für den Wohnungsneubau bis 2013 nach eigener Aussage nur noch 56 Millionen Euro zur Verfügung und will damit Wohnungsneubau in innerstädtischen Bereichen unterstützen. „Mit diesem Votum werden wir uns nicht zufriedengeben“, meinte beim Rundgang der Linken-Stadtfraktionschef, Hans-Jürgen Scharfenberg. Gerade die Bauaktivitäten der WG „Karl Marx“ zeigen, dass man auch in den angestammten Neu-



baugebieten anspruchsvoll und sozial verträglich bauen kann. Das beweisen u. a. die 68 Wohnungen am Standort Saarmunder Straße, die ab dem 1. Juli ver-

mietet werden. Beim weiteren Rundgang wurde bemängelt, dass es auch künftig nicht möglich sein wird, trotz zunehmenden Autoverkehrs einen Fahr-

streifen in der Saarmunder Straße zu markieren. Einen Radfahrerstreifen soll dagegen endlich die Drewitzer Straße bekommen.

Geschützt werden sollen auch die Kinder der umgestalteten und erneuerten AWO-Kita in der Friedrich-Wolf-Straße. Vor dem Haupteingang der Kita wird eine Verkehrsinsel geschaffen und die Straße auf 1,50 Meter verengt. Das Problem, wo abholende Eltern mit dem Auto parken können, sollte durch Sonderparkplätze gelöst werden, so die Forderung der Bürgerinitiative.

Großen Unmut löste die beabsichtigte Schließung der Verkaufseinrichtung Am Moosfenn/Zum Teufelssee aus, wo sich auch die Poststelle befindet.

*(Siehe Seite 7)*

## PRO-BRAUHAUSBERG fordert Einstieg in den Dialog

Alexander von Humboldt machte bis ins hohe Alter bevorzugt Spaziergänge zum Brauhausberg, „dem Vedutenberg“ von Potsdam. Von hier aus wurden zahlreiche Potsdamer Ansichten gemalt, gezeichnet und in Kupfer gestochen, da dieser einmalige Aussichtspunkt mit seinen Sichtachsen ideal für die Darstellung der Gesamtkomposition der Potsdamer Mitte mit dem berühmten Dreikirchenblick war. Der Brauhausberg lag und liegt mitten in der Stadt. Damit war er nicht nur für Humboldt, sondern ist auch heute noch für viele Potsdamer ein Naherholungsgebiet im Zentrum Potsdams. Erst kürzlich wurde der berühmte Kaiser-Wilhelm-Blick wieder mit Bank und Tafel versehen. Kurzum, der Brauhausberg ist ein geschichtsträchtiger Ort, der nicht einfach nur schnell und dicht bebaut werden darf. Das müssen heutige Entscheider gegenüber der Geschichte, der heutigen Funktion und des im wahrsten Sinne herausgehobenen Ortes berücksichtigen und den Berg mit aller gebotenen Sensibilität entwickeln.

Die Pläne der Stadt sehen jedoch zurzeit eine dichte und überwiegend sechsgeschossige Blockrandbebauung vor. Aus Verantwortung und Liebe zur Stadt Potsdam haben sich im Januar 2011 engagierte Bürger zur Bürgerinitiative Pro-Brauhausberg.de zusammengefunden, um dafür zu sorgen, dass Entwicklungsmaßnahmen im Sinne der Bevölkerung und eines le-



benswerten Wohnumfelds und behutsamer Stadtentwicklung stattfinden.

Zunächst geht es um eine gründliche Analyse des Vorhandenen und Prüfung seiner weiteren Verwertbarkeit. Dazu gehören die Schwimmhalle und das ehemalige Terrassenrestaurant „Minsk“ und der Erhalt des Charakters des Brauhausberges als schönster Aussichtspunkt auf die Stadt Potsdam. Der Brauhausberg soll zentraler Erholungspunkt bleiben. Wichtig sind

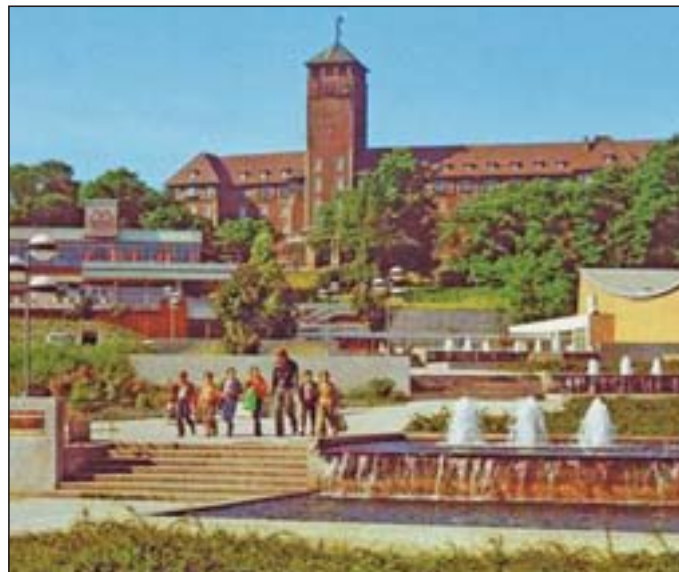
hierbei die Sicherung der historischen Architektur, der Landschaft und des Naturschutzes, wie z. B. angesiedeltes Großes Mausohr, Waldkautz, Fuchs und Turmfalken.

Die Bürgerinitiative Pro-Brauhausberg fordert die Mitgestaltung: Bei der Bebauung und Planung des Areals Speicherstadt/Brauhausberg mit kleinteiligerer Bebauung und deutlicher Reduzierung der Geschosshöhen, mit grünen Oasen und Aufforstung gefällter Bäume.

Die BI setzt sich für historische Wege und Verbindungen, den Wiederaufbau des Belvedere als Teil eines Höhenwanderweges, die Einbeziehung der ehemaligen Kriegsschule und der wissenschaftlichen Einrichtungen in die Planungen ein. Sie ist für eine nachhaltige städtebauliche Einbindung der zu sanierenden Schwimmhalle mit dem benachbarten ehemaligen Terrassenrestaurant in den dortigen Landschafts- und Stadtraum.

Die Bürgerinitiative setzt sich aus unterschiedlichen Berufsgruppen zusammen, so dass hier hohe städteplanerische und architektonische ebenso wie betriebswirtschaftliche und lokale Kompetenzen gebündelt sind. Sie verfügt über exzellente Verbindungen zu potenziellen Investoren, zu örtlichen Handwerkern und Unternehmen. Die Bürgerinitiative will diese Kompetenz einbringen für eine lebenswerte Stadt, in der nicht nur Rendite und Wirtschaftlichkeit zählen, sondern in der vielmehr eine langfristige nachhaltige Entwicklung stattfindet, die die historische Bedeutung ebenso wie spätere Generationen berücksichtigt. Dabei sind die Nutzung ökologischer Ressourcen und die Verwendung von baulicher, weiterhin verwertbarer Substanz wichtige Bausteine.

Weitere Informationen:  
[www.pro-brauhausberg.de](http://www.pro-brauhausberg.de)  
Sprecher:  
Thomas Hintze: 0160-7988112,  
[info@pro-brauhausberg.de](mailto:info@pro-brauhausberg.de)



## Nahversorgung und Post vor dem Aus?

Kaufhalle in Waldstadt II - Zum Teufelssee 8 soll Wohnungsbau weichen/Unterschriftensammlung

Die Nachricht über den Abriss der Edeka-Kaufhalle machte schon im vergangenen Jahr im Wohngebiet die Runde. Sorgen kamen nicht auf, denn die Stammkunden waren sich sicher, dass eine neue Verkaufsstelle eingerichtet wird.

Zu Jahresbeginn „platzte die Bombe“. Auslöser war die Antwort der Stadtverwaltung auf eine Anfrage der Stadtfraktion der LINKEN zur Perspektive des Nahversorgungsstandortes. Die Kernaussage lautet, die Fa. Semmelhaack möchte eine Seniorenwohnanlage errichten und die Stadtverwaltung habe keinen rechtlichen Handlungsspielraum, den Erhalt eines Supermarktes zu erzwingen. Deshalb titelte die zweitgrößte Tageszeitung Potsdams am 07.01.2011 „Kaufhalle in Waldstadt II droht das Aus“.

Eine Stellungnahme des Investors veröffentlichte die auflagenstärkste Zeitung der Stadt am 14.01.2011. Beim in der Waldstadt „kursierenden Gerücht“ der Errichtung einer Aldi-Filiale handele es sich um eine „Fehlinformation“. Man benötige dort keinen Markt, sondern mehr barrierefreie Wohnungen, das sehe auch der Baudezernent so, argumentierte der Projektleiter Berko Dibowski.

Die Ankündigung der ersatzlosen Schließung der Kaufhalle mit dieser Begründung löste insbesondere im umliegenden Wohngebiet heftige Empörung aus. Mit der Frage „Die im Rathaus wissen wohl gar nicht, was sie uns Rentnern damit antun?“, brachte Achim Berger aus der Waldstadt II das Entsetzen über die Haltung der Verantwortlichen auf den Punkt. „DIE LINKE muss



energisch beim Oberbürgermeister protestieren!“ Darin waren sich alle Betroffenen einig, aber einige BürgerInnen stellten die bange Frage: „Wie groß sind die Erfolgsaussichten?“ Rund um den Markt am „Teufelssee“ wurden die Besorgnisse der Bürger und die Frage nach dem „Was tun?“ diskutiert.

Der Vorstand des Ortsverbandes Potsdam-Süd.DIE LINKE nahm sich der Thematik Nahversorgung federführend an. Es ging zuerst darum, den Bedarf und die Machbarkeit ausreichend zu ergründen. Durch Gespräche mit den Betroffenen, eine Anfrage im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen und weitere Recherchen konnten gewichtige Fakten ermittelt werden. Mit der Bürgerinitiative Waldstadt wurde das weitere Vorgehen ab-

gestimmt. Seit Mitte März läuft nun eine Unterschriftenaktion zum Erhalt der Nahversorgung am Standort „Zum Teufelssee 8“. Im April wird der Ortsverband im „Haus der Begegnung“ eine öffentliche Veranstaltung durchführen, zu der die Rathaus-Spitze und der Investor eingeladen werden. Es gilt zu erreichen, dass die Stadtverwaltung und der Investor den dringlichen Bedarf und die Machbarkeit der Nahversorgung erkennen und animiert werden, ein an den Bedürfnissen der Einwohner orientiertes und wirtschaftlich tragbares Konzept zu erarbeiten.

Auf die Anfrage zur Perspektive der Poststelle antwortete die Stadtverwaltung mit Bezugnahme auf die beim Unternehmen Post eingeholte Auskunft: „Präferiert als Sitz der Post wird das

Waldstadt-Center.“ Das stimmt optimistisch, aber diese Aussage ist noch zu unbestimmt und mahnt zur Vorsicht. Leider wird auch hier wieder deutlich, dass die Stadtverwaltung erst auf drängende Nachfrage aktiv wird. Die Stadtverwaltung und die Post sollten die Bedürfnisse der Bewohner ernst nehmen und eine gute Lösung der Öffentlichkeit präsentieren. Deshalb sammelt die Bürgerinitiative Waldstadt zum Erhalt der Poststelle Unterschriften und bereitet eine Veranstaltung im April/Mai vor, zu der die Stadtverwaltung und die Post eingeladen werden. Sie sollen sich zum Sachstand äußern und möglichst die erhoffte Lösung präsentieren.

Dittmar Zengerling  
Ortsvorstand DIE LINKE.  
Potsdam-Süd

## „Im Garten vorgelesen“ – Sommer 2011

Auch in diesem Sommer öffnen passionierte Gärtner ihre grünen Refugien für die Potsdamer URANIA, um mit sehr vielen Gästen gemeinsam literarisch-musikalische Kostbarkeiten zu genießen. Insgesamt bieten neun Gärten in Potsdam und Umgebung den Rahmen für diese Lesung. Es lesen u.a. Moritz Führmann, Wolfgang Unterzaucher, Hans-Jochen Röhrig und Gabriella Pape und Susanne Bormann.

Eintrittskarten zum Preis von 12,00 Euro bzw. ermäßigt 10,00 Euro, Kinder bis 14 Jahre für 2,50 Euro, sind nur im Vorverkauf ab 4. April, 9.00 Uhr, in der URANIA Geschäftsstelle, Gutenbergstr. 71/72, 14467 Potsdam, erhältlich. Bestellungen sind telefonisch unter der Nummer (0331)291741, per Fax unter (0331)293683 oder per Email: [verein@urania-potsdam.de](mailto:verein@urania-potsdam.de) möglich.

Die einzelnen Lesungen finden Sie unter [www.urania-potsdam.de](http://www.urania-potsdam.de).



## Schilfhof-Center öffnet im Herbst

Potsdamer Tafel zieht ins Souterrain des künftigen Stadtteilzentrums am Schlaatz

Ulrike und Michael Hoier-Schönbeck sind keine Neulinge im Immobiliengeschäft. Auch in Potsdam haben sie bereits im Kapital- und Immobiliengeschäft positiv von sich reden gemacht. Ende März 2011 wurde z. B. am Keplerplatz am Stern ein DDR-Alt-Neubau schmuck restauriert übergeben.

Im Zentrum-Ost entsteht die von den SchülerInnen der Lenné-

Gesamtschule sehnsüchtig erwartete Schülerspeisung mit Aula.

In den Medien ist nun ein weiteres Vorhaben der Investoren Hoier-Schönbeck zu finden: Die seit rund zwei Jahren leer stehende alte Kaufhalle im Zentrum des Wohngebietes am Schlaatz soll bis zum Herbst 2011 als „Schilfhof-Center“ wieder neu entstehen. In den Nachfolgebau ziehen laut aktuellem Planungsstand

Apotheke, Bäcker, Fleischer, Sparkasse sowie Lebensmittel- und Textilanbieter. „Das Angebot soll all das beinhalten, was der Mensch so in einer Woche braucht“, umschreibt Hoier-Schönbeck das Volumen.

Ein neuer Mieter steht jetzt schon fest: die Potsdamer Tafel zieht in das Souterrain ein. Rund 350 Quadratmeter stehen dem sozialen Projekt zur Verfügung.

Zusätzlich sind 160 Quadratmeter für die ebenerdige, also auch behindertengerechte Lebensmittel-Ausgabe an Bedürftige vorgesehen.

Die Weichen sind gestellt. Noch im April will Hoier-Schönbeck seinen Bauantrag einreichen. So sind die wichtigen ersten Schritte dafür getan, dass die Schlaatzter Mitte wieder aufleben kann.

-bm

## Der Potsdamer Parteitag – die Anträge in der Übersicht

Die 2. Tagung des 2. Parteitag der LINKEN Brandenburg am 5./6. März in Potsdam hielt, was sie versprach: Es war ein „Arbeitsparteitag“. Bestimmt war er von lebhaften Debatten und zahlreichen Antrags-Entscheidungen.

Es wurden folgende Beschlüsse gefasst:

- Leitantrag: „Den Wandel sozial gestalten“
- „Gemeinschaftsschule auf den Weg bringen“
- „Kommunale Selbstverwaltung stärken, Funktionalreform durchführen, Freiwilligkeit wahren“
- „Ohne CCS-Gesetz keine Erkundung“
- Ökologische Komponente der sozialen Erneuerung Brandenburgs stärken
- Keine Ausgrenzung – Gleiche Chancen – Integration ist keine Einbahnstraße
- Arbeitnehmerfreizügigkeit – Gute Arbeit – Chancen für unsere Deutsch-Polnische Region

Zudem beschloss der Parteitag zwei Satzungsänderungen:

- Trennung von Ministeramt und Abgeordnetenmandat (mit 78,1 %)
- „Gemeinsame Sitzung von Landesvorstand und Landesausschuss“ (mit 98,18%)

Außerdem beschloss der Parteitag ein Verfahren zur Erarbeitung eines Personalvorschlags für die Landesliste zu den nächsten Landtagswahlen und einen Vorschlag für eine Parteireform. (Die neue Partei mit Leben füllen)

Alle Beschlüsse finden sich im Internet: [www.dielinke-brandenburg.de](http://www.dielinke-brandenburg.de)

## Haushaltskonsolidierung und Rot-Rot – keine Markenzeichen der LINKEN

Zur Leitantragsdiskussion auf dem Landesparteitag der LINKEN/Von Moritz Kirchner, KV Potsdam

Der Leitantrag, der zur Debatte für den Landesparteitag der LINKEN in Brandenburg vorlag, las sich auf den ersten Blick sehr vernünftig und nachvollziehbar. Er betonte, was Rot-Rot in Brandenburg alles geschaffen hat. Allerdings wurde hier nicht darauf hingewiesen, dass wir in unserem Wahlprogramm oft deutlich mehr wollten, und so wurden aus teils schmerzlichen Kompromissen Erfolge. Der besondere Fokus aber lag auf der Konsolidierung des brandenburgischen Haushaltes. Und ebenso war immer wieder von Rot-Rot, aber fast nie von der LINKEN die Rede.

Meinem Redebeitrag auf dem Parteitag legte ich drei Prämissen zugrunde. Erstens machte ich deutlich, dass ein Parteitag ein Parteitag ist und kein Koalitionstag. Denn für mich war aus dem Leitantrag

heraus kaum erkennbar, was nun der spezifische Beitrag oder Anteil der LINKEN an den politischen Ergebnissen war. Die zweite Prämisse war, dass ein Koalitionswechsel zu bedeuten hat, dass die neuen politischen Impulse meist vom neuen Koalitionspartner kommen sollten, gerade wenn der alte schon 20 Jahre regiert. Dies ist schon allein deshalb nötig, um aufzuzeigen, dass eine andere Regierungskonstellation tatsächlich eine andere Politik bedeutet. Demokratie braucht die politische Differenz, um wirklich Entscheidungsmöglichkeiten zu haben. Als dritte Prämisse legte ich zugrunde, dass wir als LINKE einen höheren Anspruch an uns legen müssen als letztlich nur die möglichst gute Konsolidierung des Haushaltes. Max Frisch sagte einmal, dass Linkssein le-

benslange Anstrengung bedeute. Für uns besteht die Anstrengung vor allem darin, auch diejenigen mitzunehmen, die sich von der Politik abgehängt, von der Gesellschaft ausgeschlossen oder von den Parteien nicht vertreten gefühlt haben. Genau dies sah ich bei dem vorliegenden Leitantrag nicht als gegeben an.

Natürlich müssen wir maßvoll haushalten. Aber eine vernünftige Haushaltspolitik ist ein Anspruch, der an jede Partei zu stellen ist. Unser Schwerpunkt und unser Profil liegen aber gerade in der Sozial- und Bildungspolitik. Davon aber war herzlich wenig die Rede. Vieles wurde geschrieben über geplante Bundesratsinitiativen. Diese aber sind letztlich ein politisches Feigenblatt, da sie angesichts der dortigen Mehrheitsverhältnisse

chancenlos sind. Was mir aber neben dem konkreten parteipolitischen Profil gefehlt hat, ist ein konkretes gesellschaftliches Ziel oder ein gesellschaftlich angestrebter Zustand. Ein demokratischer Sozialismus beinhaltet nämlich mehr als konsolidierte Haushalte und gute Regierungsführung. Für sozialistische Parteien birgt die Regierungsbeteiligung stets die Gefahr, sich in einzelnen Reformschritten zu verlieren und das übergeordnete gesellschaftliche Ziel aus den Augen zu verlieren. Dies hat sich in der Historie mehrfach gezeigt. Leider habe ich diese Befürchtung auch in Bezug auf meinen Landesverband. Daher schloss ich meinen Redebeitrag mit folgenden Worten: Wenn die Utopie zur Utopie wird, landen wir in der Sozialdemokratie.

## Parteireform fordert gesamten Landesverband

Von Evelyn Dahme, Kreisvorstand Potsdam

Ein „großes Thema“ beim Landesparteitag war die Parteireform, die mit modernisierten Strukturen einen hohen Mitgliederbestand sichern soll. Dazu legte eine Kommission des Landesvorstandes einen Antrag vor, dessen Kern die Ausstattung der Arbeitsgremien in Kreisen und auf Landesebene mit moderner Kommunikationstechnik, Intranet und Videokonferenzen vorsieht. Damit soll gesichert werden, dass sich die Parteimitglieder effektiv austauschen und einander unterstützen können. Außerdem

sieht das Konzept die individuelle Förderung mit Hilfe von Mentoringprogrammen und Bildungsangeboten vor, schließt aber auch öffentlich wirksame Arbeitsformen wie kulturelle Veranstaltungsreihen oder politische Kampagnen ein.

Über diese Vorhaben wollte ein Alternativantrag von Mitgliedern aus verschiedenen Kreisverbänden, darunter auch Potsdam, hinausgehen. Sie stellten vor allem die Stärkung der außerparlamentarischen Arbeit im Zusammenwirken mit sozialen Bewegungen in den Mit-

telpunkt, wollten mit offenen Strukturen wie Linksaktivs neue Mitglieder gewinnen und setzten finanzielle Schwerpunkte weniger bei der Technik. Diese Vorstellungen fanden zwar Befürworter, aber keine Mehrheit. Auch der von jungen Parteimitgliedern unterstützte Vorschlag, alle vorgelegten Ideen über den Parteitag hinaus kritisch ausdiskutieren und zusammen zu führen, unterlag in der Abstimmung, nachdem die Landesspitze Zeitdruck geltend gemacht hatte. Dennoch veranlasst die Debatte

die Delegierten, sich intensiver mit den Vorhaben zur Reform auseinander zu setzen und die Umsetzung kritisch-konstruktiv zu begleiten.

Einig war man sich darin, die Vorhaben in einer Aktivenkonferenz konkret auszugestalten und die erheblichen finanziellen Mittel so effektiv wie möglich einzusetzen. So soll eine möglichst breite Basis für die Umsetzung der Reformschritte in den Kreisen und auf der Landesebene entstehen, die nur gemeinsam erfolgreich sein kann.

## Wichtige Festlegungen für weitere Arbeit

Im Gespräch: Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, MdL, Delegierter des Kreisverbandes DIE LINKE.Potsdam

### Wie ist Dein Gesamteindruck von diesem Parteitag?

Durch die intensive mediale Begleitung im Vorfeld war absehbar, dass unsere „Regierungstauglichkeit“ und die völlig normale kontroverse Diskussion in der Partei einer aufmerksamen Beobachtung unterzogen würden. Auf dem Parteitag war zu sehen und zu spüren, dass wir die vorhergesagte Zerreihsprobe nicht bieten wollten, sondern um gemeinsame Positionen ringen. Für mich war dieses Bemühen um Harmonie zum Teil zu stark ausgeprägt. Ich hätte mir an mancher Stelle mehr Deutlichkeit gewünscht in Bezug auf die Probleme, mit denen wir uns als Regierungspartei herumschlagen müssen, auch in Auseinandersetzung mit unserem Koalitionspartner.

### Manche sagen, dem Parteitag fehlte ein wenig die Brisanz, die Spannung, die politischen Aufreger – trotz CCS-Antrag. Wie stehst Du dazu?

Da ist was dran. Selbst die Diskussionen um CCS sind durch eine gründliche Vorbereitung ohne die erwartete Zuspitzung abgelaufen. Das ist sicher ein Erfolg. Nach meinem Eindruck kann die Mehrzahl der Delegierten diesen vorab geführten Klärungsprozess aber nur begrenzt nachvollziehen.

### Aus Potsdamer Sicht: War der Parteitag ein Erfolg?

Insgesamt hat der Parteitag sein Ziel erreicht. Der Kreisverband Potsdam hat sich intensiv darauf vorbereitet. Der neue Kreisvorstand, der erst wenige Monate im Amt ist, hat nach gründlicher inhaltlicher

Befassung eine ganze Reihe von Anträgen eingebracht, so zur Parteireform oder zu Berlin-Brandenburg. Das fand jedoch, bis auf wenige Ausnahmen, nicht die Zustimmung der Delegiertenmehrheit. Aus Potsdamer Sicht ist das sicher kein Erfolg. Aber die Potsdamer haben zweifellos zu einer Belebung der inhaltlichen Diskussion beigetragen, die der Partei insgesamt gut tut.

### Der Parteitag war ein klassischer Arbeitsparteitag, der erste als Regierungspartei. Gibt er Impulse für die kommenden Jahre?

Mit dem Leitantrag, mit den Beschlüssen zur Kommunalen Selbstverwaltung und zur Gemeinschaftsschule, aber auch mit dem Beschluss zur Parteireform sind wichtige und anspruchsvolle Fest-

legungen für die weitere Arbeit der Brandenburger LINKEN getroffen worden. Diese realisieren sich jedoch nicht im Selbstlauf. Jetzt kommt es darauf an, die Kreisverbände dafür zu mobilisieren und im Rahmen der Koalition notwendige Voraussetzungen zu schaffen.

### Was hast Du auf diesem Parteitag vermisst?

Ich habe eine stärkere inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Anliegen der Gemeinschaftsschule und dem Antrag zur Kommunalreform erwartet. Mir ist zu wenig deutlich geworden, wie DIE LINKE um die Durchsetzung dieser Positionen ringt.

(Das Gespräch führte Thorsten Haselbauer, Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle DIE LINKE. Brandenburg)



## Potsdams Klimaschutzkonzept – Stein des Weisen? (Teil II)

Der erste Teil des Beitrages war in der PAS 2011/02 ausschließlich der Strom- und Wärmeerzeugung in Potsdam gewidmet. Für den Klimaschutz ist jedoch genauso die „Verbraucherseite“ entscheidend, d.h. wie viel Energie man mit welchem Wirkungsgrad für welche Zwecke eingesetzt hat und wie lange man diese Effekte genießen kann.

Das, was man als Verbraucher am Markt kaufen kann, ist kein kommunales Thema. Hier sollten Deutschland bzw. die EU vom japanischen „Top-Runner-Programm“ lernen. Dort wird zu einem bestimmten Stichtag eine Marktübersicht beispielsweise über Elektrogeräte erstellt. Der Verbrauch der effizientesten unter den gesichteten Geräten wird dann zum Standard für die Branche erhoben, der zu einem gewissen Zeitpunkt in der Zukunft erreicht werden muss, etwa in 5 oder 7 Jahren. Allein dadurch konnte Japan bereits 16 % seiner Verpflichtungen zur Reduktion von Treibhausgasen nach dem Kyoto-Protokoll erfüllen.

Zurück zu Dingen, die wir vor Ort beeinflussen können. Hauptthema ist dabei die Klimatisierung von Räumen. Den gesetzlichen Rahmen bildet die Energieeinsparverordnung (EnEV).

### Wo steht Potsdam?

„Aufgrund der Beseitigung des Modernisierungsrückstaus seit den 1990er Jahren ist der Gebäudebestand von Potsdam, ähnlich wie in vielen anderen

baugemeinden zu, in denen die meisten Bewohner der Stadt Potsdam wohnen, deren Gebäude eine kompakte Bauweise haben (geringe Außenfläche pro bewohntes Volumen) und die relativ einfach energetisch sanierbar waren. Das Klimaschutzkonzept weist die alten Siedlungskerne in der Potsdamer Innenstadt und in Babelsberg mit dem höchsten Wärmeverbrauch je Quadratmeter Wohnfläche aus. Will man hier entsprechend der gültigen EnEV sanieren, wird diese Sanierung jedoch weitaus aufwendiger auf Grund des Denkmalschutzes. Die Kosten sind umlagefähig und werden zu höheren Mieten führen. Die Wohnungsgenossenschaft Karl Marx hat auch bei Altbauten gezeigt, dass bei kluger Modernisierung die Einsparung der Betriebskosten höher als die Mietpreissteigerung sein kann. Es ist anzunehmen, dass dieser Effekt auf dem privaten Wohnungsmarkt eher unwahrscheinlich sein wird.

### Verkehr/Stadt kurzer Wege

Entsprechend einer Analyse „betrug der CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Potsdamer Verkehrs im Berichtsjahr 2005 rund 234.600 t und stieg auf 242.800 t im Jahr 2008. Der Verkehr verursacht damit 28 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Landeshauptstadt Potsdam. Aus diesem Grund ist es nicht akzeptabel, dass der Kraftstoffverbrauch nicht mit in die Energiebilanz des Klimaschutzkonzeptes einbezogen wurde. Die Wirkungen

der im Klimaschutzkonzept vorgeschlagenen Maßnahmen im Handlungsfeld Verkehr sind zu hinterfragen. Z.B. ist die vorgeschlagene Maßnahme M6-8 des Klimaschutzkonzeptes „Verbesserung der Fahrzeugflotten“ auf Grund der Einführung einer Umweltzone keine ernst zu nehmende Maßnahme. Denn innerhalb des Planungszeitraumes von 10 Jahren ist von einem fast komplet-

ten Fahrzeugwechsel, auch ohne äußeren Zwang durch die Umweltzone, auszugehen. Die Einführung der Umweltzone kann diesen Wandel nur beschleunigen. Die ausgewiesene Ein-



sparung von 28.700 t/a ist deshalb nur temporär und daher Augenwischerei.

Die angekündigte Beschleunigung des ÖPNV wäre zu begrüßen, ist jedoch nur ein sehr kleiner Aspekt zur Steigerung des Nutzungsanteils. Wie wäre es mit der Einführung des Nulltarifes im ÖPNV? Sie meinen, das wäre Utopie – ich meine, wenn man das durchsetzen will, muss eine allseitige Kosten/Nutzen-Analyse vorgenommen werden. Die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes ist dabei nur eine positive Seite. Es wird vorgeschlagen, ein befristetes Pilotprojekt zur Abschätzung der Wirksamkeit solch einer Maßnahme durchzuführen.

### Die Stadt sollte aber auch in folgende Richtungen denken:

- Dezentralisierung bürgernaher Teile der Verwaltung. Es wird gefordert, an 3 bis 4 Standorten der Stadt die Leistungen des Bürgeramtes an mindestens je einem Tag anzubieten (z.B. Stern Center, Potsdam Center, ...)

- Keine Genehmigungen von Großraum-Kaufhallen, die primär nur mit Auto aufgesucht werden
- Verkehrsvermeidung durch Telearbeit. Es ist zu analysieren, welcher Anteil an behördlicher Verwaltungsarbeit über Telearbeit geleistet werden kann
- Modernisierung der Fahrzeugflotte der VIP

### Potsdam in unterschiedlichen Rollen

Das Klimaschutzkonzept wurde in Handlungsfelder eingeteilt. In den Handlungsfeldern nimmt die Stadt Potsdam sehr unterschiedliche Rollen ein. Diese Rollen lassen sich gliedern in Hand-

#### ■ Verwaltung

- ▶ zur statistischen Datenerhebung in Vorbereitung von Entscheidungen
- ▶ zur Beratung von Bürgern und Firmen
- ▶ von Förderanträgen und von Fördergeldern

- ▶ Begutachtung, Genehmigung von Plänen, Anträgen, ...
- ▶ Eigentümer / Gesellschafter bei städtischen Betrieben
- ▶ Planung und Durchführung von Maßnahmen

#### ■ Verbraucher

- ▶ Analyse des eigenen Verbrauches
- ▶ Ableitung von Einsparungspotenzial

Im Klimaschutzkonzept wurde die Stadtverwaltung als „Verbraucher“ von Energie sehr ungenügend analysiert und Maßnahmen abgeleitet. Hierüber gibt es, quasi als „Feigenblatt“, nur eine kleine Passage von 9 Zeilen zum Thema „Effizientes Verhalten in der Verwaltung“.

So wie Potsdam alle Bürger aufgerufen hat, sich für eine Umsetzung der Klimaziele einzusetzen, so muss sich auch die Stadt Potsdam als „Verbraucher“ an die eigene Nase fassen und selbst Schlussfolgerungen ziehen.

Dr. S. Worsack

### Zum Nachdenken

An dieser Stelle sollte nochmals an eine „Lichtschutzsatzung“ erinnert werden. Bei jeder nach oben in den Himmel gerichteten Lichtquelle muss man unwillkürlich an die verschlechterten astrophysikalischen Beobachtungsbedingungen am AIP, aber auch an die sinnlos verpulverte Energie denken.

Es heißt: „Der Stromverbrauch des Internets verursacht inzwischen ebenso viel CO<sub>2</sub> wie der weltweite Flugverkehr, haben Experten berechnet. Bereits im Jahr 2005 wurden rechnerisch weltweit rund 20 Eintausend-Megawatt Großkraftwerke allein dafür benötigt, um den Strombedarf des Internets und der zugehörigen Datenzentren zu decken. Zwischen den Jahren 2000 und 2005 hat sich der Stromverbrauch des Internets verdoppelt, die Datenmenge verdoppelt sich sogar alle vier Monate.“

Städten in der ehemaligen DDR, heute besser energetisch saniert als in vielen Westkommunen.“ Diese Feststellung des Klimaschutzkonzeptes trifft insbesondere auf die ehemaligen Neu-



## Die Baumblüte lockt wieder nach Werder

Im Jahr 2011 feiert die Blütenstadt Werder (Havel) vom 30. April – 08. Mai zum 132. Mal das traditionelle Baumblütenfest. Schausteller und Veranstalter sind sich darüber einig, das Baumblütenfest in Werder (Havel) gehört zu den größten Volksfesten in Deutschland.

In der Stadt mit rund 23.000 Einwohnern werden von Ende April – Anfang Mai innerhalb von neun Veranstaltungstagen bis zu einer dreiviertel Million Besucher erwartet. Und dabei findet das Baumblütenfest nicht wie üblich auf einer Festwiese oder in einem Festzelt statt, es wird in der ganzen Stadt, vom Hohen Weg über das Stadtzentrum bis zur Insel, in den Ortsteilen und entlang der Plantagen am Panoramaweg Werderobst gefeiert. Und es ist für jeden etwas dabei. Wer es ruhig möchte, geht in einen der Werderschen Gärten oder fährt mit Havelbus raus auf die Plantagen.



# Die Karte des Autors

„Die chinesische Karte“ – ein neuer Roman von Wolfram Adolphi

Wenn Wolfram Adolphi Menschen etwas mitteilen möchte, dann zieht er die China-Karte. Dann packt er Wissen und Erfahrung in eine weit entfernte Welt, mit der er sich seit gut vier Jahrzehnten intensiv beschäftigt: China – das „Reich der Mitte“, das chinesische Schriftzeichen dafür illustriert die Buchtitel seiner Romane.

## Wissenschaftliche Arbeiten zur Chinapolitik

Wolfram Adolphi, gerade 60 Jahre alt geworden, hebt heute gern hervor, dass er den Vorzug genießen konnte, mit dem Abitur auch einen Beruf lernen zu können. In Leuna geboren, wurde er allerdings nicht Chemiefacharbeiter, sondern Rinderzüchter. Er hatte erlebt, wie man körperlich schaffen kann, ehe man sich dem Geistigen verschreibt – dem Studium der Außenpolitik. Mit seiner Diplomarbeit „Die Chinapolitik Frankreichs in den siebziger Jahren“ legte er 1976 in Potsdam seine erste wissenschaftliche Arbeit vor. Einmal ins Thema vertieft, verteidigte er 1980 seine Dissertation an der Sektion Asienwissenschaften der Humboldt-Uni „Zur Wirkung des Verhältnisses zwischen den USA und der VR China in Südostasien in den siebziger Jahren“ (die Dissertation B folgte 1989 zur „Chinapolitik des faschistischen Deutschland“). Von vielen belächelt, lernte Adolphi mit 35 Jahren Chinesisch im Intensivkurs bei einer Muttersprachlerin, die im Auftrag des Außenministeriums lehrte und die heute noch voller Bewunderung über die Auffassungsgabe ihres Schülers spricht.

Sie war auch dabei, als Wolfram Adolphi Anfang März im Literaturladen Wist sein neues Buch vorstellte: „Die chinesische Karte“.

## Nach „Chinafieber“ und „Chinatraum“ jetzt „Die chinesische Karte“

Nach der „Mao“-Biografie (2009) erscheint der dritte Roman einer Reihe, die mit „Chinafieber“ und „Chinatraum“ begann und in denen Adolphi eine Form sucht, über das beherrschte Handwerk wissenschaftlicher Akribie und Logik hinaus Erfahrungen und Einsichten zu transportieren, die ihn seit 30 Jahren beschäftigen: „DIE CHINESISCHE KARTe“.

Sein Roman beginnt in Tokio. Hier kennt sich Adolphi aus, hier war er fünf Jahre als Asien-Korrespondent der außenpolitischen Wochenzeitung „Horizont“ tätig. Adolphi reizt im künstlerischen Metier seine Kenntnisse über Lebensweisen und Atmosphäre aus, beschreibt Menschen, Örtlichkeiten, Landschaften und Speisen, die die Sinne wecken.

## Ein epischer Kunstgriff

Er braucht den epischen Kunstgriff, denn, was er erzählen will, sind nicht nur nüchterne Tatsachen. Sie sind Teil seines Lebens, er will endlich auf das antworten, was bisher nicht gefragt wurde: Was hast Du damals gemacht als Aufklärer des Ministeriums für Staatssicherheit und warum? Adolphi lässt Michael Reuter reden, dessen Romanfragment

Ines Rothermund zugespielt wird, die man schon in seinem Roman „Chinatraum“ kennenlernen konnte. Die Übersetzerin in Beijing weiß zunächst nicht viel anzufangen mit der Lebensbeichte Kleinstäubers, des Ich-Erzählers im Reuterschen Roman. Aber er zwingt sie immer wieder



zu eigenen Reflexionen über ihr Leben in dieser Vorzeit, in den Jahren, als es die DDR noch gab und eine halbe sozialistische Welt und Menschen, die sich entschieden hatten, nicht nur Zuschauer, sondern Akteure zu sein.

Nach der Lesung erzählt Adolphi, dass er 1991 nicht gefragt wurde, warum und was er gemacht hatte als Aufklärer des Ministeriums für Staatssicherheit in Japan. Allein die Tatsache reichte, die Mitarbeit an einem anderen Gesellschaftsentwurf zu stigmatisieren. Die Humboldt-Uni kündigte ihm und er trat von allen politischen Wahlfunktionen zurück. Fortan ließ man ihn größtenteils in Ruhe – er selbst allerdings ist noch lange nicht fertig mit sich und seiner Rolle in der Welt.

## Die selbstgewählte Rolle in der Geschichte

Adolphi lässt Kleinstäuber über sein Leben sinnieren, über Eck- und Wendepunkte der Geschichte und über seine selbstgewählte Rolle darin. Ist es Rechtfertigung oder Erklärung, was er vorbringt in historischer Sicht, die sich wohlthuend unterscheidet von der heute bewusst wie naiv verbreiteten pseudowissenschaftlichen Schwarz-Weiß-Malerei?

Ines Rothermund schwankt jedenfalls zwischen Sympathie und sogar Abscheu, als sie feststellt, dass sie selbst eine Rolle in Kleinstäubers Geschichte spielte. Denn Adolphi lässt nicht aus, was unbequem ist: An welchem Punkt wird die „große Sache“ infrage gestellt, wenn sie auf Kosten Einzelner vollzogen wird?

Adolphi gibt keine Antwort, er hat keine Dissertation und kein Sachbuch geschrieben über den ethischen Wert der sozialistischen Weltrevolution. Er hat Personen in eine Zeit gesetzt, die sehr viel mit ihm zu tun haben, die Rede und Gegenrede liefern, ohne ein einfaches Urteil zu provozieren.

Wolfram Adolphi hat mit dem Roman DIE CHINESISCHE KARTe auf literarischer Ebene die Möglichkeit gefunden, mehr zu überbringen, als es ein Sachbuch, eine politische Rede oder ein wissenschaftliches Pamphlet könnten.

Adolphi hat seine China-Karte gespielt. *rd*  
Wolfram Adolphi: Die chinesische Karte. Roman. Nora Verlag. 264 Seiten, brosch., 19,90 €



# Judenverfolgung mit preußischer Perfektion

Die von Frau Dr. Monika Nakath, Abteilungsleiterin im Landeshauptarchiv Potsdam, herausgegebene Quellenedition hebt sich erfreulich aus der Fülle einschlägiger wissenschaftlicher Arbeiten heraus. Interessierte Leser, die auf dem überfüllten Buchmarkt ein solch relativ teures Fachbuch erwerben, werden die Anschaffung nicht bereuen. Auch diejenigen, die der Meinung sind: „Kenne ich doch schon alles, ist doch längst klar und schon x-mal wiederholt!“, werden von der vorliegenden Auswahl von 155 Dokumenten überrascht und beeindruckt sein.

Die vor zwei Jahren in Potsdam und inzwischen an 12 weiteren Orten gezeigte Wanderausstellung hat mit ihren rund 100 Dokumenten spannend neue Einsichten zu einem alten Thema geboten. Weil deren Wanderschaft Mitte dieses Jahres in Frankfurt (Oder) ihr vorläufiges Ende finden soll, kam die geplante Begleitpublikation zwar spät, aber eigentlich zum optimalen Zeitpunkt. Ab sofort kann sich jeder Interessent die bei Ausstellungsmachern und Besuchern ungeliebte „Flachware“ ganz in Ruhe ansehen. Ihn erwartet ein äußerst facettenreiches Spektrum aus dem Behördenalltag der NS-Zeit voller Lokalkolorit. Hervorzuheben ist die überzeugende Mischung aus Allgemeinem, Besonderem und Einzigem. Die schrittweise Ausgrenzung, Ausplünderung, Vertreibung, Beraubung und Ermordung von Juden erweist sich eindeutig als nachbarschaftliches Geschehen. Zugleich erkennt man die Tendenz zu wachsender Perfektion innerhalb der wenigen Jahre. Die Dokumente sind chronologisch geordnet und mit einer fortlaufenden Ordnungszahl (hier in Klammer) leicht wiederzufinden. Folgende Beispiele fand ich persönlich besonders wertvoll.

Übles Denunziantentum richtete sich gegen eine Lehrerin, die einem jüdischen Schüler ganz normal in der Klasse zu dessen Geburtstag gratuliert hatte (31). Nachdenklich stimmt mich der schäbige Versuch, eigenes Familienglück in freier werdendem Wohnraum jüdischer Nachbarn zu begründen (112). Verwunderlich ist dies angesichts der frühen Berufsverbote im Staatsdienst (4/5) jedoch nicht, schließlich galt der bloße „Umgang mit Juden“ beamtenrechtlich als „schweres Dienstvergehen“ (33/34). Der Entzug von Wandergewerbebescheinigungen (46) traf selbständige Klein-

händler, erfreute aber viele „arische“ Konkurrenten auf den Märkten der Provinz.

Ein Geheimdokument (55) beweist für die Pogromnacht (von wegen „Volkszorn“) den genau berechneten Zugriff auf das Archivmaterial aus den Synagogen. Behördliche Erfassung und Markierung findet der Leser in allgegenwärtiger Karteiform (70), mittels Zwangsvornamen - sogar in der heiligen Abteilung I des Grundbuches (84)! - und als für jeden Nachbarn sichtbare Markierung von Privatwohnungen jüdischer Familien (111). Gefahr drohte Juden im Alltag durch Entzug von Lebensmittelkarten/Bezugsscheinen auch für Kleinkinder (138) bis zum erpresserischen, perfiden „Heimeinkaufvertrag H“ (152) für die Alten nach Theresienstadt. In einem privaten Brief (85) findet sich neben dem selbstgefälligen Eingeständnis der Mitwirkung an der Judenevakuierung in Lodz die seltsame Begehrlichkeit für den Erwerb von Wäscheleinen aus dem Ghetto.

Durchgängig erkennt man die preußisch-deutsche Ordnung im Beseitigen aller Spuren an den Tatorten von Deportationen. Auf den Aktenstücken sind neben handschriftlichen Erledigungsvermerken auch die exakten Kürzel für die jeweiligen Transporte aus beiden Regierungsbezirken zu finden. Zurückgelassene Wohnungseinrichtungen werden durch Finanzbeamte und spezialisierte Spediteure fast wie normale „Haushaltauflösungen“ behandelt. Die offiziell häufig geleugnete Selbstversorgung der Beteiligten ist nicht zu übersehen (95/98/99). Ein verhältnismäßig großer Kreis von zustimmend profitierenden Mitwissern wird einmal mehr sehr anschaulich unter Beweis gestellt. Wer den enormen Ansturm der täglich im Archiv eingehenden Benutzeranfragen, das Gerangel um Akteneinsicht auf den begrenzten Sitzplätzen verbunden mit stets eiligen und

ganz eiligen Aufträgen für das kleine Team der Herausgeberin kennt, wird deren editorische Meisterschaft noch besser zu schätzen wissen. Eingedenk dieser Arbeitsüberlastung ist die Präsentation von archivalischen Schätzen in der Ausstellung und in gedruckten Varianten nicht selbstverständlich und um so mehr zu begrüßen. Die intensive Erschließung und Benutzung der einschlägigen Archivbestände wird durch vorgelegtes Werk nachhaltig wissenschaftlich abgerundet. Die vorangestellten knappen Charakterisierungen der einzelnen historischen Zeitabschnitte sowie die ungewöhnlich üppige Auswahlbibliografie unterstreichen die Qualität der Publikation auf ihre Weise. Vor der Anfrage und dem Ausfüllen von Anträgen im Benutzerdienst können sich künftig Menschen allen Alters und Charakters, Schüler, Lehrer, Studenten, Assistenten, Dozenten und Professoren, Laien und Profis, Vertreter der Gedenkstättenpädagogik, Anwälte und Hausfrauen, Rentner und Hobbyforscher, Gästeführer, Ortschronisten und Aktivisten von Stolpersteinprojekten vorab im archivierten Pa-

pierberg aus der Nazizeit orientieren. Die Nutzenanwendung für die nach 20 Jahren leider noch immer zahlreich laufenden Verfahren zu offenen Vermögenfragen scheint zumindest theoretisch gegeben. Juristen scherzen gelegentlich selbstkritisch, Gesetzeskenntnis erleichtere die Rechtsprechung.

Dass sich wissenschaftlicher Anspruch und Allgemeinverständlichkeit bestens verbinden, wird sich künftig auszahlen. Dafür sprechen der vom Verlag registrierte Absatz, die Besucherresonanz der vorangegangenen Ausstellung und besonders die zusätzlich in kleiner Auflage erschienene, pädagogisch-methodisch orientierte Auswahl von 21 Dokumenten für Lehre und Unterricht. Nebst DVD konnte sich letztere Variante der Förderung durch das Leo Baeck Programm erfreuen. Insgesamt stärkt ein gut gestaffeltes Vorgehen der Herausgeberin das Ansehen und die Wertschätzung für die Leistungen aller MitarbeiterInnen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs - weit über alle Kompetenz-, Landes- und Staatsgrenzen hinweg!

Dr. Wolfgang Weißleder



## Hilfen für Haiti gehen weiter ...

Die Kinder des Hortes „Flotow Kids“ von der Neuen Grundschule Potsdam haben ihren 2. SPENDEN – KUCHEN – BASAR zugunsten der Kindernothilfe erfolgreich durchgeführt.

Am 14.02.2011 fand im Foyer der Stadtwerke Potsdam GmbH in der Steinstrasse 101 sowie im Hort „Flotow Kids“ ihr Kuchenbasar statt. Der Erlös des diesjährigen Kuchenverkaufs in Höhe von 956,00 € übertraf alle Erwartungen. Wir wollen das Geld wieder der Kindernothilfe zur Verfügung stellen, um Projekte in Haiti zu unterstützen, da sind sich die Kinder einig.

Wir danken allen Eltern, den Mitarbeitern der Stadtwerke Potsdam GmbH, Besuchern sowie allen Beteiligten für den großen Erfolg.

**Sudoku**

	3		2		5		7	
9								6
4	7		1		8		2	9
	9			3			5	
6								7
	2			1				9
5	1		6		2		4	3
7								2
	4	9		3			6	

**Auflösung März**

4	3	6	1	8	7	2	9	5
9	7	2	4	6	5	3	1	8
8	5	1	9	2	3	7	4	6
1	4	5	3	9	2	6	8	7
7	8	9	5	1	6	4	3	2
2	6	3	7	4	8	1	5	9
3	9	7	6	5	4	8	2	1
5	2	4	8	7	1	9	6	3
6	1	8	2	3	9	5	7	4

**Patientenberatung wieder für Verbraucher da:**

**Unabhängiger Rat vor Ort in Potsdam und am Telefon**

Die von der Verbraucherzentrale Brandenburg und dem Sozialverband Berlin-Brandenburg getragene Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) hat am 1. März ihre Beratungsstelle im Beisein der Gesundheitsministerin Anita Tack (DIE LINKE) in Potsdam wiedereröffnet. Hier gibt es Rat zu Rechten der Versicherten gegenüber Krankenkassen, Ärzten und anderen Dienstleistern im Gesundheitssystem. Die Beratung vor Ort

und am Telefon ist für Ratsuchende kostenfrei. Persönliche Beratung in der UPD-Beratungsstelle in der Babelsberger Straße 16 (Havelseite des Hauptbahnhofs) Montag: 14 bis 18 Uhr Dienstag: 10 bis 14 Uhr Mittwoch: 14 bis 18 Uhr Donnerstag: 10 bis 14 Uhr Bundesweites Beratungstelefon unter 0800 – 011 77 22 montags bis freitags von 10 bis 18 Uhr (Quelle: www.vzb.de)



Verbraucherschutzministerin Anita Tack bei der Wiedereröffnung der „Unabhängigen Patientenberatung Deutschlands“ in Potsdam - hier mit Vertretern der Träger SoVD und der Verbraucherzentrale des Landes.

**Filmpark Babelsberg – Saisonstart am 15. April 2011**

Am 15. April, pünktlich vor Ostern, startet der Filmpark in die neue Saison. Das Jahr 2011 wird ein ganz Besonderes! Der Filmpark wird 20, die Film- und Medienstadt 100 und Potsdam begeht das Themenjahr „Stadt des Films“. Spektakuläre Filmpark-Projekte nehmen im Jubiläumsjahr zwischen April und Oktober Gestalt an.

Star Trek, eine der größten internationalen Marken in Film und Fernsehen, kommt ab 1. Mai in einer einmaligen Ausstellung in die Caligari Halle des Filmparks. Einzigartige Exponate, darunter spektakuläre Modellbauten der Sternenflotte sowie Originalkostüme der Kinofilme und Serien, werden gezeigt.

Die Blaue Kugel vom Berliner Breitscheidplatz, u. a. als Talkshow-Studio von Sabine Christiansen bekannt geworden, ist umgezogen und wird im Sommer als interaktives Erlebniskino einer der cineastischen Höhepunkte des Programms 2011.

Constantin Film, der Produzent von „Die drei Musketiere“ und der Filmpark unterzeichneten einen Vertrag, der die Entwicklung einer neuen Show zum Inhalt hat. Unter Verwendung von Originalbauten, Requisiten und Kostümen des Mantel- und Degenabenteuers wird die Show rechtzeitig zum Kinostart Premiere feiern.

Im Herbst 1911 wurde auf dem einstigen Gelände einer Kunstblumenfabrikation der Grundstein zum Bau des ersten Glas-

ateliers gelegt. Das Startsignal zu einer einzigartigen Standortentwicklung für Film und Medien war gegeben. Am 24. September feiern die Medienstädter anlässlich des 100-jährigen Jubiläums ein großes Bürgerfest. **Der Filmpark-Veranstaltungskalender im Überblick:**

- 15.04.2011**  
Saisonstart im Filmpark
- 01.05.2011**  
STAR TREK – Die Ausstellung im Filmpark
- 02.06.2011**  
Kindertag im Filmpark
- 06.08.2011**  
Lange Babelsberger Filmparknacht
- 24.09.2011**  
Bürgerfest „100 Jahre Film- und Medienstadt“
- 28. – 31.10.2011**  
Monster, Movies & Mutanten – Halloween im Filmpark

Spannende Erlebnisse und Einblicke in das Film- und Fernsehhandwerk erwarten die Besucher im Filmpark Babelsberg. Sie erfahren, wie viel Mühe und Liebe zum Detail in jeder Sekunde Film stecken und welche Berufe es vor und hinter der Kamera gibt.

Original-Kulissen und Requisiten bezeugen, mit welchem handwerklichen Geschick die Zuschauer – gestern wie heute – „hinters Licht geführt“ werden.

In der spektakulären Stuntshow im Vulkan oder der Fernsehshow wird klar, dass mittels modernster Technik nichts ist, wie es scheint...

**tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine**

- Dienstag, 05.04.2011, 14.00 Uhr:**  
„Musikalischer Rätselnachmittag“ mit Manfred Bischoff. \*Dahlweid
- Donnerstag, 07.04.2011, 18.00 Uhr:**  
„Amtsverschwiegenheit ade“ – Wie Journalisten und Bürger ihre Auskunftsrechte gegenüber Behörden nutzen können. \*\*RLS
- Sonntag, 10.04.2011, 10.00 Uhr:**  
Frühschoppen „Rathausreport live“. Café Staudenhof, Am Alten Markt 10
- Montag, 11.04.2011, 14.30 Uhr:**  
„Mit 72 quer durch die USA – und wie war's?“ Ein Reisebericht von Marianne Schütze in Wort und Bild entführt Sie von New York über Los Angeles bis nach San Franzisko. \*Dahlweid
- Mittwoch, 13.04.2011, 13.30 Uhr:**  
„18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. \*Dahlweid
- Donnerstag, 14.04.2011, 18.00 Uhr:**  
Programmdebatte: Brauchen wir rote Haltelinien im Programm? Debatte mit

- Michael Schlecht, Mitglied des Bundesvorstandes der Partei DIE LINKE. Ort: Bürgerhaus „Sternzeichen“, Galileistrasse 37-39
- Dienstag, 12.04.2011 19:00 Uhr:**  
Ich bin für Potsdam das rote Tuch - Anni von Gottberg und die Bekennende Kirche. Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Potsdam
- Freitag, 15.04.2011, 10:00 Uhr:**  
Zukunft für Afghanistan? Politik und Militär in der Konfliktbewältigung am Hindukusch. 13. Friedens- und Sicherheitspolitisches Symposium. Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Potsdam
- Freitag, 15.04.2011:**  
Info-Stände in den Stadtteilen  
14:30 Uhr Kepler-Platz / Am Stern  
15:30 Uhr Havel-Nuthe-Center / Drewitz  
16:00 Uhr Haltestelle Fr.-Wolf-Straße / Waldstadt II
- Sonabend, 16.04.2011:**  
Info-Stände in den Stadtteilen  
10:00 Uhr Weberplatz / Babelsberg

- 10:00 Uhr REWE-Markt / Zentrum Ost  
10:00 Uhr Haltestelle M.-Zeller-Platz / Am Schlaatz  
10:30 Uhr Kaiser's / Kirchsteigfeld
- Sonabend, 16.04.2011, 14.00 – 16.00 Uhr:**  
X. Potsdamer Ostermarsch. Ostermarsch gegen Krieg und Sozialraub gemeinsam mit der Sozialen Bewegung Brandenburg. Ort: Brandenburger Tor, Potsdam
- Montag, 18.04.2011, 14.30 Uhr:**  
„Eine Reise durch Patagonien“. Eine interessante Reise mit Karl Kreutz. \*Dahlweid
- Dienstag, 19.04.2011, 14.30 Uhr:**  
„Ferne Länder – fremde Kulturen – nahe gebracht: 2.200 Kilometer durch Vietnam“. Eine Reise mit dem Potsdamer Schriftsteller Dr. Karl-Heinz Otto und Michael Brix. Reisen Sie mit von Hanoi, der Hauptstadt Vietnams, 2200 km in südlicher Richtung bis nach Hó-Chi-Minh-Stadt (dem früheren Saigon) ganz im Süden der Republik. \*Dahlweid
- Mittwoch, 20.04. 2011, 17.00 Uhr:**  
Treffen Bürgerinitiative zum Erhalt des

- Wohnblocks Am Alten Markt 10 sowie der umgebenden Grünanlage Staudenhof. Ort: Cafe Staudenhof
- Mittwoch, 20.04.2011, 18.00 Uhr:**  
DIE LINKE trifft attac. Ort: Alleestraße
- Dienstag, 26.04.2011, 14.30 Uhr:**  
Potsdamer Stadtgespräche: „Historisches und Aktuelles“. Eine heitere und nachdenkliche Vortrags- und Gesprächsreihe für unsere Seniorinnen und Senioren mit Dr. Herbert Schlomm aus Zentrum-Ost. \*Dahlweid
- Mittwoch, 27.04.2011, 13.30 Uhr:**  
„18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. \*Dahlweid
- Donnerstag, 28.04.2011, 18.00 Uhr:**  
DIE LINKE lernt - Erklärungsansätze der Krise – Marxismus, Neoklassik, Keynesianismus. Die Volkswirtschaftslehre, insbesondere die Makroökonomie, war auf die Krise nicht vorbereitet. In vielen ihrer Modelle, die oft mathematisch hochabstrakt sind, kam eine derartige Störung nicht vor. Daher ist die Frage zu stellen, ob die

- Erklärungsansätze der Ökonomie nicht unzureichend sind und das dort gelehrt Verständnis der Ökonomie nicht auch zur Entstehung der Krise beigetragen hat. Spannend ist aber auch, inwieweit Marx als Krisentheoretiker etwas zum Verständnis der Krise beitragen kann. Referent: Prof. Dr. Malcolm Dunn (Uni Potsdam, angefragt) Ort: Alleestraße 3.
- Donnerstag, 28.04.2011, 18:00 Uhr:**  
Arbeitsrechtliche Mindeststandards als Teil eines einheitlichen europäischen Sozialmodells. Öffentliche Tagung der Arbeitsgemeinschaft „Arbeitsgesetzbuch“. \*\*RLS
- Freitag, 29.04.2011, 19.00 Uhr:**  
„Magisches Intermezzo“ in der neuen Reihe „Kleinkunst am Stern“ agieren Altmeister Charly & sein Zauberlehrling im SternZeichen, Galileistr. 37-39. Reservierung: 0331 / 60067-61 oder – 62.

\*Dahlweid: Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonalle 11, Zentrum-Ost  
\*\*RLS: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustr. 53